

Geb's Gott

Befriedigung über das erste Kernwaffenvernichtungsabkommen

Wen wundert's, daß die Washingtoner Unterzeichnung des Vertrages über die Vernichtung der landgestützten Atomraketen mittlerer Reichweite (*INF-Abkommen*) mit Superlativen kommentiert wurde, wenn von Washington bis Peking, von Stockholm bis Kapstadt von einem „Meilenstein in der Abrüstungspolitik“ geredet wurde und wenn die Vertragsparteien selbst für sich in Anspruch nehmen, mit dem Vertrag nicht nur „Abrüstungsgeschichte gemacht“, sondern einen „historischen Akt ersten Ranges“ gesetzt zu haben.

Auch sollte niemand erstaunt sein, daß sich in der Stunde des offenkundigen Erfolges „im Standesamt die Väter drängten“ (Frankfurter Rundschau), und solches Drängen selbst hierzulande bis in die Tagesschau des Deutschen Fernsehens hinein, einschließlich der dabei unvermeidlichen Parteipolemik, spürbar wurde. Es handelt sich ja bei dem *INF-Vertrag* nicht nur um das erste Abrüstungsabkommen des atomaren Zeitalters, das diesen Namen verdient. Es eröffnet sich damit trotz des geringen Anteils der vom *INF-Vertrag* betroffenen Mittelstreckenraketen an dem gesamten verfügbaren Kernwaffenpotential auch zum erstenmal die Aussicht, daß im wohlwogenen Eigeninteresse der beiden Weltmächte der Abrüstungsverhandlungsprozeß in seiner Eigendynamik gestärkt wird und dadurch weitere Abrüstungsschritte folgen können.

Diese Aussicht – auch wenn sie nur eine durch das Washingtoner Abkommen fester begründete Hoffnung ist – läßt auch über manche PR-verzierte Sentimentalität des Washingtoner Gipfels und auch über manchen klein-karierten Provinzstreit hierzulande hinwegsehen, wer nun mit welcher Politik, die Nato und die Bundesregierung mit ihrem Nachrüstungsop-

pelbeschluß oder die Opposition und die Friedensbewegung mit ihrem buchstäblich demonstrativen Insistieren auf „Vorleistungen“ der westlichen Seite, mehr bewirkt hat. Im Grunde haben alle auf ihre Weise dazu beigetragen, daß der erste Schritt nach über sechsjährigen, über weite Strecken wenig aussichtsreichen Verhandlungen und trotz der Fallgrube „Reykjavik“ möglich wurde: die Friedensbewegung mit ihrem friedensethischen Rigorismus und die Regierungen mit ihrer realpolitischen Güterabwägung.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, hat in einer ausführlichen Stellungnahme zum Washingtoner Abkommen u. a. auch auf diesen Punkt hingewiesen: Um keine andere westliche Rüstungsentscheidung habe es so heftige Auseinandersetzungen gegeben wie um die „Nachrüstung“. Er verband damit die Hoffnung, daß das Abkommen nun helfen könne, „aufgekommene Ängste zu mindern und schmerzhaft Polarisierungen in unserem Lande abzubauen“.

Im übrigen haben auch die Kirchen durch Hirtenbriefe und Denkschriften in den USA wie hierzulande einen Beitrag, wenn schon nicht zum Verhandlungsergebnis, so doch zu einer dem Verhandlungsergebnis förderlichen Bewußtseinsbildung beigetragen. Hätten oder bekämen Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Ländern des östlichen Bündnisses nur vergleichbare Möglichkeiten, auf das öffentliche Bewußtsein einzuwirken! Gerade da gibt es – und das hat ganz grundsätzlich mit Menschenrechten zu tun – eine Disproportionalität eigener Art.

Grundfalsch wäre es nun, Abrüstungspolitik und politische Entspannung, genauer Rüstung und politische Ursachen der Rüstung voneinander abzukoppeln oder gar gegeneinander auszuspielen. Natürlich ist „Friede nie allein das Werk von Rüstungskontrolle und Abrüstung“ (Bundeskanzler *Helmut Kohl*), sondern Frieden kann auf Dauer nur durch *politische* Entspannung – auch an der Menschenrechtsfront – gesichert werden.

Aber Abrüstung hat ihr Eigengewicht. Sie kann langfristig auch in der Menschenrechtsfrage und im Verständnis politischer Freiheiten Ost und West näher zueinanderbringen. Schwierig genug wird es ohnehin bleiben: Schon die Ratifizierung des *INF-Abkommens* durch den US-Kongreß ist so gesichert nicht, wie es bei der Unterzeichnung schien. Der nächste Schritt, die Halbierung der strategischen Kernwaffen (Langstreckenraketen), mag gelingen. Schwierig dürfte es noch werden bei den chemischen Waffen und erst recht, wenn es um die Herstellung eines neuen Gleichgewichts im konventionellen Bereich geht – trotz fast gleichlautender Absichtserklärungen.

Als US-Außenminister *George Shultz* *Michail Gorbatschow* nach dessen Landung in Washington Glück für die Gespräche mit *Ronald Reagan* wünschte, antwortete Gorbatschow „Daj Bog“ (Geb's Gott). Auch wenn das „Stoßgebet“ in Munde des sowjetischen Atheisten nur Erinnerung an eine russische *façon de parler* war – man möchte es trotzdem über alle kommenden Abrüstungs- und Friedensgespräche setzen – Geb's Gott! se

Wahnhaft

Das politisch-psychologische Profil des Falles Barschel

Spätestens seit dem Abschluß der Zeugenbefragungen des Kieler Untersuchungsausschusses Mitte Dezember ist auch den letzten „Ungläubigen“ klar geworden, was unter der Verantwortung des in Genf durch Selbstmord zu Tode gekommenen *Uwe Barschel* während des vergangenen Wahlkampfes in Schleswig-Holstein geschehen ist. Abgezeichnet haben sich die wahren Sachverhalte, deren Details neben dem für Januar erwarteten Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses vor allem die schleswig-holsteinische Justiz zu erhellen haben wird, bereits mit dem Rücktritt des früheren Ministerpräsidenten und mit den ersten Widersprü-

chen bei den Vernehmungen im Untersuchungsausschuß. Der unter mysteriösen Umständen erfolgte Tod Barschels und die zeitweise naheliegenden, aber vor allem in der Springerpresse bewußt ventilierten Vermutungen über eine Affäre neben und hinter der Affäre konnten noch einige Zeit von Barschels eigenem Anteil ablenken, aber diese selbst nicht länger verschleiern.

Aber so klar die Sachverhalte, die die Verstrickungen Uwe Barschels beweisen, zutage liegen, so schwierig ist deren *politische* Deutung, wobei dies weniger an den Sachverhalten liegt als an denen, die sie deuten. Angesichts der Unglaublichkeit des Geschehenen liegt die Neigung nahe, in den Kieler Vorgängen ein generelles Verhaltenssymptom der „politischen Klasse“ zu sehen. Und weltkluge Sätze, wie die des *Franz Josef Strauß*, wenn alle, denen man Vergleichbares vorwerfen kann, die Parlamente verlassen müßten, gäbe es dort vermutlich keine beschlußfähigen Mehrheiten mehr, stützen natürlich solche Sichtweisen.

Gewiß muß Barschels Verhalten und das, was sein angeworbener Mitarbeiter *Pfeiffer* mit ihm an Diffamierung des politischen Gegners inszenierte, im politischen Tageskampf so einmalig gar nicht sein, wie es aussieht. Will man aber künftig ähnlichen Schaden möglichst schon im Ansatz vermeiden, darf man nicht nur, sondern muß man die Kieler Affäre wohl *vor allem* von der Person Barschel und seiner Umgebung her sehen. Ein noch junger Ministerpräsident, früh zu Ehren und zu politischer Macht gekommen, lebt in der Vorstellung, er habe das Zeug und die Möglichkeiten, jüngster Kanzler der Republik zu werden. Bei den ersten Anzeichen möglichen Machtverlusts, die seine Position in Frage stellen und den weiteren Weg gefährden, vergreift er sich nicht nur in den Mitteln, sondern ordnet alle Taktik seiner Vorstellung von Machterhaltung unter. Dabei entwickelt er beträchtlich viel kriminelle Energie. Aber seine Sicht der Ziele macht ihn nicht nur kriminell, sondern läßt ihn wie besessen von der einen Seltsamkeit in die andere stolpern.

Man möchte Talleyrand abwandeln: Verbrecherisch gewiß, aber auch noch dumm und vermutlich unabhängig von der Frage, ob Tranquilizer, über längere Zeit eingenommen, zur Enttölpelung beigetragen haben, sehr krankhaft. Schon die nicht mehr einfühlbare *Fixierung auf den persönlichen politischen Gegner*, erst recht der Einsatz der Personen und Mittel, mußte sich jenseits aller moralischen Überlegungen allein schon im Sinne des reinen Kosten-Nutzen-Kalküls gegen ihn und seine Partei richten, selbst wenn die wahren Vorgänge über den Wahltermin hinweg zunächst verborgen geblieben wären. Aber mit *Verantwortung drapierter Machtwahn* beseitigte im Fall Barschel nicht nur moralische Hemmungen, sondern setzte auch alle Vernunft außer Kraft. Und da die Hauptsache mit der Einstellung Pfeiffers und der Versuch der Steuerhinterziehungsverdächtigung schon vor Barschels schwerer Verletzung bei dessen Flugzeugabsturz begonnen hatte, läßt sich, was dann später geschah, auch nicht als Persönlichkeitsveränderung infolge der erlittenen Verletzungen erklären. Dennoch konnten dem Entlarvten auch irdische Richter mildernde Umstände zubilligen: wegen auch schon unabhängig von der Medikamenteneinnahme eingeschränkter Zurechnungsfähigkeit. Alle Vernunft wurde auf politisch wahnhaftige Bahnen gelenkt, die selbstinszenierte Vertuschung des Selbstmords war da nur konsequent, wie schon das unverständliche Vertrauen in Pfeiffer und das miserable Ehrenwort.

Politischer Alltag? Nein, das Gegenteil. Aber *Persönlichkeitsstrukturen*, die es nicht alltäglich, aber nicht selten anderswo auch gibt, die sich aber gerade im politischen Betrieb gefährlich leicht „entfalten“ können. Politiker leben vom Applaus; dieser vernebelt nicht nur allzuleicht die Sicht der Umwelt, sondern auch die der eigenen Innenwelt. Je jünger und ausschließlicher jemand der Politik lebt, um so größer ist die Gefahr, die Maßstäbe zu verlieren. Und die *Sonderstellung*, die das Amt gewährt, der Druck, der nicht nur subalternen, sondern überhaupt Mitarbeitern ge-

genüber eingesetzt werden kann, verhindert zusätzlich nötige und an sich mögliche Korrekturen. Zwei Postulate drängen sich deshalb gebieterisch auf: Mehr Sorgfalt in den Parteien bei der Auswahl politischen Personals: Jugend ist kein politisches Qualitätszeichen, früh fixierter Ehrgeiz noch weniger; und mehr Zivilcourage nicht nur unter Parlamentariern, die die Regierung zu kontrollieren haben, sondern auch in den Stäben der hohen Beamtschaft und der persönlichen Berater. Offenbar bewirkt selbst (oder gerade?) bei höheren politischen Beamten die Autorität eines autoritären Provinzregierungschefs immer noch Loyalitäten, die sonst in der Regel weit von sich gewiesen werden. Alles, was darüber hinaus an moralischen und politischen Erwägungen „zu Kiel“ angestellt wurde und noch wird, mag wichtig und hilfreich sein für die politische Moral, bleibt aber im Fall Barschel zweitrangig, weil es an die persönlichen Verursacher und die sie begünstigenden Strukturen nicht heranreicht. se

Mäßigung

Leitlinien der bayerischen Landeskirche für politische Stellungnahmen

Große Beachtung fanden sie nicht: die „Leitlinien zu politischen Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich“, die die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im November herausbrachte. Eine Agenturmeldung und einige verstreute Notizen in der Tagespresse, das war's dann schon. Pastöre und Vikare, die in Brokdorf oder Wackersdorf demonstrieren, haben es offenbar leichter, Schlagzeilen zu machen. Aber vermutlich macht gerade dieser Umstand solche Leitlinien besonders notwendig. Vielleicht lag es aber auch daran, daß die Verfasser der Leitlinien – eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Landeskirchenrats und des Synodalausschusses – einfach so vernünftig und zugleich so versöhnlich argumentierten,